



EXTINCTION REBELLION – TANNEN FÜR DEN #DANNI

Bremen

Am Mittwoch, den 14.01.2021 in den frühen Morgenstunden werden/haben Aktivist:innen der Umweltschutzgruppe Extinction Rebellion ausgediente Tannenbäume zusammen mit Schildern vor der Parteizentrale der Grünen in Bremen platziert. Mit den toten Bäumen wird symbolisch auf die Rodung des Dannenröder Forsts in Hessen aufmerksam gemacht. Der Protest soll die Grünen, am Jahrestag ihrer Gründung, mahnen, ihren ursprünglichen Werten des Umweltschutzes treu zu bleiben, besonders im Hinblick auf die kommenden Wahlen. Zudem hat Extinction Rebellion drei Grundforderungen: Sofortiges politisches Handeln gegen die Klimakrise; Ehrliche Kommunikation und eine Bürger:innen-Versammlung für mehr Demokratie.

Die Aktion findet zeitgleich in dieser Woche in diversen Städten statt, darunter Hannover sowie einige Tage zuvor in Dortmund. Die Klima- und Artenschutzbewegung hatte sich bereits in den vergangenen Wochen in Bremen sowie ganz Deutschland mit vielen weiteren Protesten für eine klimagerechte Welt und den Erhalt des Dannenröder Walds eingesetzt.

Hintergrund

In den vergangenen Wochen wurden große Teile des hessischen Dannenröder Walds und umliegender Wälder gerodet. Trotz der aktuellen Klimakrise und lauter Proteste halten die hessische Landesregierung, an der auch das Bündnis 90/Die Grünen beteiligt sind, und das Bundesverkehrsministerium unter Minister Scheuer an den unzeitgemäßen Plänen fest.

Wer gesunden hunderte Jahre alten Mischwald, der zusätzlich auf einem Wasserschutzgebiet liegt, für eine Autobahn rodet, der hat die Klimakrise nicht verstanden und bricht das Pariser Klimaabkommen. Die Einhaltung dieses Völkerrechts und der Schutz unserer aller Lebensgrundlagen muss höhere Priorität haben als veraltete Koalitionsversprechen.

Forderungen

Wir, Extinction Rebellion, fordern die Bremer Grünen auf, sich für den Stopp Klima-/Umweltschädlichen Projekten wie der A49 und der A281 in Bremen einzusetzen. Wir fordern die Umsetzung einer ökologischen Verkehrswende, und zwar schon heute. Zudem werden Politiker:innen dazu aufgefordert, die Fakten der Klimakrise anzuerkennen, ehrlich anzusprechen und mit sofortigem Handeln zu reagieren. Um die Klimakrise zu bewältigen, fordern wir außerdem mehr Demokratie: In einer Bürger:innenversammlung soll ein repräsentativer Schnitt der Bevölkerung mit der Unterstützung von Expert*innen Lösungen für die Klimakrise erarbeiten. Diese Bürger:innenversammlungen dienen zu Stärkung der Demokratie auf kommunaler, Landes- und Bundes-Ebene.